



Frage 1: Allgemeine Auftaktfrage

*Schüler*innen und Eltern sollten Sie zur Oberbürgermeister*in, weil ...?*

ich mich für Mobilität für alle einsetzen will, auch und vor allem für diejenigen, die nicht mit dem eigenen Auto unterwegs sein können. Gerade Schüler*innen würden mit einem besseren, moderneren smarteren Nahverkehr, mehr Platz für Bus, Bahn und Fußgänger, in Lüneburg gegenüber Autofahrer*innen besser gestellt. Ich will außerdem ein Oberbürgermeister werden, der andere Meinungen und auch Ideen aus fremden Federn respektiert und sie im politischen Prozess begleitet und umsetzt, selbst dann, wenn ich selbst zu anderen Überzeugungen komme.

Frage 3: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Landkreis und Stadt haben hierfür Stellen ausgeschrieben, die bisher aber nicht alle besetzt werden konnten. (Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Wie stellen Sie sicher, dass die Stadt ihrer Aufgabe als Schulträger schneller nachkommt, für die IT-Unterstützung der Schulen zu sorgen?

Im Schulausschuss wurde bereits durch die Linksfraktion kritisiert, dass Digitalisierung sich nicht nur auf technische Ausstattung beschränken darf, sondern dass es auch eines Medienpädagogisches Konzepts bedarf. Es braucht eine Weiterbildung der Lehrkräfte und des schulischen Fachpersonals in diesem Bereich. Für die kurzfristige Lösung würde ich die Zusammenarbeit mit den Studierenden an der Leuphana Universität anstreben. Langfristig braucht es jedoch bessere Gehälter für die öffentlichen Stellen. Auch hier ist das Abwarten auf Förderkulissen nicht korrekt. Die Schulen in Lüneburg sind Aufgabe der Hansestadt Lüneburg und es ist an uns, hier durch zusätzliches nichtpädagogisches Personal und Anschaffung digitalen Unterricht zu ermöglichen.

Frage 5: Jederzeit kostenloser ÖPNV für Schüler für Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz

Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Wirtschaft. Ein funktionierender, gern angenommener ÖPNV anstelle von Individualverkehr ist hierfür ein wichtiger Baustein; gute Erfahrungen mit dem ÖPNV schon in jungen Jahren sind ein wichtiger Teil der Verkehrserziehung. Dafür ist es wichtig, dass Schüler diesen gut, kostenlos und beliebig oft nutzen können, um Bildungsangebote - auch außerschulische - nutzen zu können oder um sich in Lerngruppen treffen zu können. Und das unabhängig von Alter und Schulform, unabhängig von Wohnort, Zeiten, Strecken und Tarifzonen!

*Wie stehen Sie zur Forderung der Eltern, eine solche kostenfreie Beförderung für alle Schüler*innen bis zum Ende der Schullaufbahn noch im Schuljahr 21/22 zu ermöglichen?*

DIE LINKE setzt sich für einen taktstarken, schienenegestützten, flächendeckend und kostenfreien Nahverkehr ein. Nur so kann eine Verkehrswende, die dem Klimaschutz dient, gelingen. Darüber hinaus will DIE LINKE eine kommunale Verkehrsgesellschaft gründen, um die Verkehrspolitik besser steuern zu können. Das System der Anruf-Sammeltaxis zeigt in die richtige Richtung, ist allerdings aktuell zu umständlich und zu teuer. Ich wünsche mir ein On-Demand-System das Fahrten bündelt und computergestützt optimale Routen ermittelt als Teil des Nahverkehrs. Eine Anfrage der Linksfraktion im Stadtrat hat ergeben, dass in den letzten zehn Jahren die Anzahl der Autos um ca. 18 % gestiegen ist, obwohl die Bevölkerung um 9% gewachsen ist. Es braucht eine Verkehrswende, mit der wir alle mobiler werden.

Frage 7: Bauliche Herausforderungen/Sanierungsstau

Die letzten Jahre war der Schulbau geprägt vom Ankämpfen gegen den langjährigen Sanierungsstau. Falsch dimensionierte Neubauten aufgrund eines fehlenden Immobilienkonzeptes für den Schulbau und keine nachhaltige Vermögenserhaltung aufgrund eines fehlenden Unterhaltungskonzeptes in der Gebäudebewirtschaftung führen zu erhöhtem Ressourcenverbrauch und Belastungen des städtischen Haushalts. Im Bereich der Inklusion wurde nur die Barrierefreiheit als notwendig angesehen, neuartige Raumaufteilungen und Unterrichtsformen spielten dabei nur eine Nebenrolle. Nachhaltige Schulentwicklungskonzepte sind nicht erkennbar.

Unter welchen Prämissen wird unter ihrer Leitung die strategische Immobilienentwicklung im Bereich des Schulbaus erfolgen (Investitionsstrategie) und welche Leitlinien werden Sie der Verwaltung bei der nachhaltigen Sicherung und Bewirtschaftung (konsumtive Haushaltsbelastung) der Schulgebäude vorgeben?

Die letzten Jahre war der Schulbau geprägt vom Ankämpfen gegen den langjährigen Sanierungsstau. Falsch dimensionierte Neubauten aufgrund eines fehlenden Immobilienkonzeptes für den Schulbau und keine nachhaltige Vermögenserhaltung aufgrund eines fehlenden Unterhaltungskonzeptes in der Gebäudebewirtschaftung führen zu erhöhtem Ressourcenverbrauch und Belastungen des städtischen Haushalts. Im Bereich der Inklusion wurde nur die Barrierefreiheit als notwendig angesehen, neuartige Raumaufteilungen und Unterrichtsformen spielten dabei nur eine Nebenrolle. Nachhaltige Schulentwicklungskonzepte sind nicht erkennbar. Die Schulen sollten so schnell wie möglich saniert werden und auch Ersatzneubauten nach ökonomischen und ökologischen Kriterien erwogen werden. Dauerhafte Provisorien wie Container sind in Lüneburg von der Ausnahme zur Regel geworden. Ich will daher wann immer möglich anstehende Sanierungen etwa durch Ersatzneubauten begleiten und nicht erst dann, wenn die Gebäude überfällig sind. Mein erklärtes Ziel ist die Beschulung aller Schüler*innen in wertigen Festbauten statt in Containern, auch wenn eine Instandhaltung ansteht.

MICHEL PAULY

Frage 2: Infektionsschutz an Schulen

Die Schulen sollen wieder im Präsenzunterricht öffnen. Als Ungeimpfte sind Kinder besonders gefährdet, eine vierte Corona-Welle gilt es zu verhindern. Dabei können gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Der Einsatz mobiler Raumluftfilteranlagen wird nun auch vom Land Niedersachsen als geeignetes Mittel zur Pandemie-Eindämmung an Schulen gesehen. Im Landkreis gibt es mittlerweile ein zaghaftes Pilotprojekt. Derweil versteckt sich die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg hinter der noch ausstehenden Förderrichtlinie des Landes Niedersachsen.

Mit wie viel Nachdruck werden Sie sich für schnellen und flächendeckenden Infektionsschutz durch mobile Luftfiltergeräte in Kombination mit Plexiglas- Trennwänden mit umlaufender Kante einsetzen?

Unsere Kreistagsfraktion hat die flächendeckende Anschaffung von mobilen Luftfiltern beantragt, allerdings ist nur die Anschaffung für die Klassen 5 und 6 beschlossen worden. Jetzt soll trotz des Beschlusses nur drei Luftfilter angeschafft werden. Dies haben wir als unzureichend kritisiert, da die Wirkungsweise bereits bewiesen ist. Mit unserem Antrag wäre es möglich gewesen zum Schulstart Klassenräume mit den entsprechenden Geräten auszustatten, um einen sicheren Start ins neue Schuljahr zu gewährleisten. Wir kritisieren das Warten auf Förderrichtlinien, weil dies jetzt zu dieser chaotischen Situation führt. Als Oberbürgermeister will ich dafür sorgen, dass das Bildungssystem ausfinanziert ist und die Schul- und Bildungspolitik nicht allein von Förderrichtlinien diktiert wird. In so einem Fall wie jetzt muss gelten: Erst werden die notwendigen Filter angeschafft und DANACH wird geklärt welcher Haushalt diese ganz oder teilweise finanziert. Ein zögern wegen in Aussicht stehender Fördermittel ist hier fatal.

Frage 4: Inklusion und Förderschule

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für reine Förderschulen weiterhin gegeben. In der Stadt Lüneburg existieren zwei Förderschulen, davon ist mit der Johannes-Rabeler-Schule eine in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert.

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Johannes-Rabeler-Schule entsprechend des Bedarfes in Stadt und Landkreis Lüneburg bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen? Und: Wie lautet Ihr langfristiger Plan, die Inklusion an allen städtischen Schulen umzusetzen?

Inklusion existiert bisher leider nur auf dem Papier. Um echte Inklusion zu ermöglichen, braucht es ein ausfinanziertes Bildungssystem. Langfristig verfolge ich das Ziel „einer Schule für alle“. Ich werde mich daher auf Landesebene für Inklusion stark machen. Es braucht genügend Studienplätze für entsprechendes Lehrpersonal, genügend Personal in Klassen und mehr Schulsozialarbeit. Als OB würde ich als ersten Schritt die Barrieren an Schulgebäuden abbauen und inklusive Schulgebäude in Zukunft bauen. Das Thema der Johannes-Rabeler-Schule würde ich gemeinsam mit den Lehrkräften, Eltern und Fraktionen besprechen, um ein Weg zu finden, der unter realen und aktuellen Bedingungen die größtmögliche Inklusion ermöglicht. Dass sowohl die Elternschaft als auch – unter diesem Druck – die politische Mehrheit eine Förderschule L für besser hielt als die Inklusion wie sie bisher lief, zeigt, dass es bisher nicht gut lief.

Frage 6: Verantwortungsdiffusion

Beschwerden der Eltern bei den Elternräten drehen sich immer wieder darum, dass sich Angesprochene im Schulwesen und bei Schulthemen gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, sei es bei Digitalisierung, Sanierung oder Pandemieschutz : Schulen, den Schulträgern, die Stadt dem Land, das Sozialdezernat dem Bauamt. Es zeigt sich der Wunsch nach strafferen Verwaltungsabläufen und klaren Verantwortlichkeiten für alle Belange im wichtigen Bildungsbereich.

Wie lautet ihr Plan, die Verwaltung dahingehend besser aufzustellen?

Ich wende mich gegen einen autoritären Stil, der bisher Lüneburg geprägt hat. Es braucht viel mehr die Einbindung der Expertise aus den unterschiedlichen Ämtern wie dem Bauamt. Dass es zu gegenseitigen Schuldzuweisungen kommt, ist Ausdruck eines fehlenden Konzeptes in der Schul- und Bildungspolitik. Ein rein autoritäres Führen oder „straffe Verwaltungsabläufe“ werden das Problem nicht lösen. Wir brauchen zusätzliches nichtpädagogisches Personal um die Abläufe in den Schulen zu optimieren und Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten. Ich würde dem Rat vorschlagen, den Stellenplan dahingehend anzupassen.

Frage 8: Freizeit- und Kulturangebote

School's out: Als Stadtelternrat interessieren wir uns natürlich auch dafür, dass unsere Kinder nach der Schule ausreichend Freizeit- und Kulturangebote bekommen. Hier hat sich Lüneburg in den vergangenen Jahren zurückentwickelt. Das Gebäude des Jugendzentrums soll zugunsten exklusiven Wohnraums verkauft werden, die letzte Diskothek Lüneburgs hat 2020 geschlossen, feiernde Jugendliche sind mit vielen Verboten und Einschränkungen konfrontiert.

Wie machen Sie Lüneburg wieder jugendfreundlicher?

DIE LINKE hat als einzige Fraktion gegen den Verkauf des Jugendzentrums Stadtmitte gestimmt. Wir haben als einzige Fraktion verlangt, dass das ehemalige Kinderheim nicht verkauft, sondern stattdessen Initiativen und Jugendlichen zur Verfügung gestellt wird. Das Gebäude steht bereits seit 2016 leer und ist zum Spekulationsobjekt von Salier verkommen. Das Argument der anderen Parteien, dass die Renovierung so teuer wäre, lassen wir nicht gelten, weil jahrelang nicht in die Gebäude investiert wurde. An der außerschulischen Bildung wurde massiv gespart – gleichzeitig verbrennt die Stadt Geld in den Liebesbau und die Arena. Wir sind die einzige Partei, die sich gegen den Verkauf der Stadt gewehrt hat und betont hat, dass Jugendliche und andere Gruppen mit geringem Einkommen auch in der Innenstadt ihren Platz brauchen. Als LINKE haben wir uns früh gegen das autoritäre Vorgehen am Stint gewehrt. Wir haben uns für ein innenstädtisches Konzept eingesetzt, welches Räume ohne Konsumzwang eröffnet. Dafür braucht es eine einladende Gestaltung der Innenstadt. Mit Verboten werden wir den Bedarfen der Menschen nicht gerecht. Mein Traum von einem Lüneburg besteht aus vielen Orten der Begegnung. In den Quartieren und innerhalb des Innenstadtrings sollten Autos die Ausnahme sein und heutige Straßen und Parkplätze sollte die Aufenthaltsflächen werden. Neben dem Stint betrifft dies auch andere Plätze die heute dem motorisierten Individualverkehr vorbehalten sind. Solche Begegnungs- und Aufenthaltsorte sollen Lüneburg lebendig machen. Außerdem würde ich, ob als Ratsherr oder Oberbürgermeister, schnell beantragen die Kurparksatzung ersatzlos zu streichen, da die völlig überflüssigerweise zusätzliche Beschränkungen erlässt, teilweise auch ohne gesetzliche Grundlage und damit unwirksam.